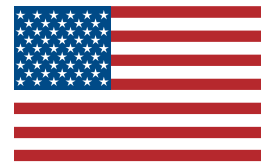


# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 31/2016 No. 11-12



**abgeschlossen am  
20. Dezember 2016**

	<u>Seite</u>
<b>1. Donald Trump überraschend Sieger der Präsidentschaftswahlen 2016</b>	<b>1</b>
<b>2. Die Wahlen zum Senat: Republikaner verteidigen Mehrheit</b>	<b>4</b>
<b>3. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus: Leichte Verluste der Republikaner</b>	<b>8</b>
<b>4. Republikaner dominieren in Gouverneurswahlen</b>	<b>10</b>
<b>5. Einigung auf weiteren Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2017</b>	<b>11</b>
<b>6. Kongress hält unbeirrt am Gefangenenlager in <i>Guantanamo Bay</i> fest</b>	<b>12</b>
<b>7. Fraktionen bestimmen Führungspositionen für neue Legislaturperiode</b>	<b>14</b>
<b>8. Die <i>Trump Transition</i>: Schnelle Entscheidungen über Führungspersonal</b>	<b>15</b>

## 1. Donald Trump überraschend Sieger der Präsidentschaftswahlen 2016

Donald Trump ist aus der Präsidentschaftswahl vom 8. November 2016 überraschend als klarer Sieger hervorgegangen. Er erhielt 306 der insgesamt 538 Stimmen der 50 Einzelstaaten und des *District of Columbia* im so genannten *Electoral College*, obwohl Hillary Clinton national fast drei Millionen Stimmen mehr auf sich vereinen konnte (siehe Tabelle 1).

Die übrigen drei Präsidentschaftskandidaten, Gary Johnson (*Libertarian Party*), Jill Stein (*Green Party*) und Evan McMullin (parteilos) konnten keine Elektorenstimmen für sich gewinnen.

Tabelle 1

<b>US-Präsidentschaftswahl 2016</b> Vorläufiges Ergebnis (Stand 18.12.2016)					
	Donald Trump	Hillary Clinton	Gary Johnson	Jill Stein	Evan McMullin
Stimmanteile national	46,1 %	48,2 %	3,3 %	1,0 %	0,4 %
Stimmen im Electoral College	306	232	--	--	--

Quelle: [http://www.realclearpolitics.com/elections/live\\_results/2016\\_general/president/](http://www.realclearpolitics.com/elections/live_results/2016_general/president/); [http://www.realclearpolitics.com/elections/live\\_results/2016\\_general/president/map.html](http://www.realclearpolitics.com/elections/live_results/2016_general/president/map.html)

Im direkten Vorfeld der Wahlen hatte Clinton in fast allen Meinungsumfragen deutlich vor Trump gelegen, sodass nur wenige Kommentatoren und Beobachter noch einen Sieg Trumps für möglich gehalten hatten (siehe Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 9-10, S. 1). Erste Hochrechnungen auf der Basis von „exit polls“ schienen dies noch am Wahlmorgens zu bekräftigen.

Nach der Schließung der Wahllokale in den Ostküsten-Staaten und der Veröffentlichung der ersten Ergebnisse begann sich das Bild jedoch zu verändern und kehrte sich im Laufe des Abends völlig um. Nachdem sich das Wahlergebnis abzeichnete, räumte Clinton in

den frühen Morgenstunden des 9. November in einem Telefonat mit Trump ihre Niederlage ein und gratulierte ihm zu seinem Sieg.

Trump bedankte sich in seiner kurz darauf folgenden Ansprache zu seinem Wahlsieg bei seinem Team und den Wählern. Gegenüber Clinton äußerte er sich nach dem überaus harten Wahlkampf ungewöhnlich konziliant und versöhnlich. Trump betonte zudem, nun sei die Zeit gekommen, die Wunden der Auseinandersetzungen zu heilen und die Nation zusammenzuführen. Dies dürfte allerdings noch einige Anstrengungen erfordern.

Ein Blick auf die Umfrage unter Wählern nach der Stimmabgabe („exit poll“) des *National Election Pool* 2016 zeigt zunächst eine erstaunliche Kontinuität gegenüber vorherigen Wahljahren ([www.washingtonpost.com/graphics/politics/2016-election/exit-polls/](http://www.washingtonpost.com/graphics/politics/2016-election/exit-polls/)).

Dies zeigt zunächst, dass es Donald Trump gelungen ist, das republikanische Lager hinter sich zu vereinen, ungeachtet der starken Vorbehalte gegenüber seiner Person. Trump erhielt 88 Prozent der republikanischen Stimmen, fast gleichauf mit Clinton, für die sich 89 Prozent der Demokraten entschieden. Zum Vergleich: Obama und Romney hatten 2012 Anteile von 92, beziehungsweise 93 Prozent erreicht.

Auch die sozialen Konturen der Wählerkoalitionen Trumps und Clintons fügen sich in das generelle Bild der Stabilität der republikanischen und demokratischen Koalitionen ein. Die Wählerschaft Trumps ist im Trend weißer, männlicher, älter, religiöser und in den historischen Südstaaten und den Staaten des Landesinneren konzentriert. Die Wählerschaft Clintons war dagegen deutlich stärker nicht-weiß, weiblich, jung, säkular und in den Staaten der Ost- und Westküste konzentriert.

Doch in einigen Teilaspekten zeigen sich auch eine Reihe von mehr oder minder deutlich ausgeprägten Verschiebungen, die für den Ausgang der Wahlen eine entscheidende Bedeutung hatten.

Bemerkenswert scheint, dass Trumps Anteil unter weißen Wählern mit 57 Prozent knapp unter dem Anteil Romneys lag (59 Prozent). Unter Minderheiten-Gruppen schnitt Trump leicht besser ab als Romney 2012.

Eher den Erwartungen entspricht die Veränderung der Stimmverteilung nach Geschlecht. Die leichte Akzentverschiebung beruht primär darauf, dass Trump einen geringeren Anteil weiblicher Wähler und Clinton einen geringeren Anteil männlicher Wähler auf sich vereinen konnte, in der Größenordnung von 3 bzw. 4 Prozent.

Die einfache, aus der Wahlkampfretorik abgeleitete Interpretation, dass die Kandidatur Trumps eine Mobilisierung weißer gegen nicht-weiße oder männlicher gegen weibliche Wähler darstellt, greift zu kurz. Entsprechendes gilt für die Kandidatur Clintons und ihre

Wählermobilisierung. Diese Konfliktlinien haben sich 2016 zwar rhetorisch verschärft, die Auswirkungen auf den Ausgang blieben jedoch vergleichsweise gering.

Weit wichtiger scheinen demgegenüber Verschiebungen innerhalb der (nicht nur weißen) unteren Einkommensgruppen. Trump ist es gelungen, deutlich mehr Wähler aus Gruppen mit einem Jahreseinkommen von unter 50.000 USD jährlich zu gewinnen. Angesichts eines Median-Einkommens von nur wenig über 50.000 USD in den USA ist dies eine nicht zu unterschätzende Wählergruppe. Hillary Clinton verlor in dieser Einkommensgruppe ca. 7 Prozent im Vergleich zu Obama 2012.

Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen 2016 und 2012 gemessen am Bildungsgrad der Wählergruppen. Unter weißen Wählern ohne weiterführenden Bildungsabschluss („college degree“) führte Trump vor Clinton mit 37 Prozent, während Romney 2012 mit nur 25 Prozent vor Obama gelegen hatte. Im Gegenzug schrumpfte der republikanische Vorsprung unter Wählern mit weiterführendem Abschluss von 14 auf 3 Prozent 2016. Anzumerken bleibt, dass unter nicht-weißen Wählern keine vergleichbare Ausdifferenzierung zu beobachten war.

Trump selbst hat während des Wahlkampfes auf die überraschend starke Unterstützung unter den „poorly educated“ hingewiesen. Keine Bevölkerungsgruppe war in den letzten Jahrzehnten einem größeren wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsdruck ausgesetzt. Doch die Zugewinne Trumps unter den so genannten „Modernisierungs-Verlierern“ können angesichts der nationalen Wählermehrheit für Clinton nicht schon seinen Wahlsieg erklären.

Dass in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Mehrheiten der Wähler- und Elektorenstimmen derart auseinander fallen können, hat zwei Gründe. Zum einen werden im US-System die kleinen gegenüber den größeren Staaten bevorteilt, weil die Anzahl der Wahldeputierten jedes Staates, ungeachtet seiner Bevölkerungsstärke, der Anzahl der Abgeordneten und der zwei Senatoren des jeweiligen Bundesstaates entspricht. Zum anderen bewirkt das Mehrheitswahlrecht auf der Einzelstaatsebene, dass erdrutschartige Siege Clintons zum Beispiel in Kalifornien oder New York sich nicht in entsprechenden Zugewinnen im *Electoral College* niederschlagen.

Vor diesem Hintergrund ist es Trump gelungen, durch die punktuelle Mobilisierung von Wählern in einigen wenigen Staaten Clintons nationale Mehrheit auszuhebeln. Trumps Mehrheit im *Electoral College* beruht darauf, dass er vor allem in Pennsylvania, Michigan, Ohio und Wisconsin („rust belt states“), die besonders stark von den wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte betroffen waren, mit relativ knappem Vorsprung gewann.

Clintons Team hat die regional konzentrierte Durchschlagskraft von Trumps Kampagne offensichtlich überrascht. Clinton versuchte im Endspurt durch das Star-Aufgebot von Barack und Michelle Obama, Vizepräsident Joe Biden und Senator Bernie Sanders die Niederlage abzuwenden, ohne Erfolg.

Das Manko von Trumps Wahlsieg bleibt allerdings, dass es ihm nicht gelungen ist, eine Mehrheit der Nation hinter sich zu scharen. Wichtiger noch ist aber, dass Trumps fragile Koalition davon abhängig ist, dass er seine ambitionierten Wahlkampfversprechen („Make America Great Again“) schnell in spürbare wirtschaftliche Erfolge ummünzen kann.

## 2. Wahlen zum Senat: Republikaner verteidigen Mehrheit

Im Senat ist es den Republikanern entgegen mancher Prognosen der meinungsforschenden Fachwelt gelingen, ihre Mehrheit zu verteidigen (vgl. Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 9-10, S. 5-9). In den Novemberwahlen 2016 wurde über 34 der insgesamt 100 Senatssitze entschieden. Von den Republikanern wurden vor den Wahlen zum Senat 24 Sitze gehalten, von den Demokraten dagegen nur zehn. Die Republikaner hatten also deutlich mehr Sitze zu verteidigen. Viele Analytiker waren davon ausgegangen, dass die Demokraten eine ernsthafte Chance hatten, die Mehrheit im Senat zurückzugewinnen.

Gleichwohl werden die Republikaner im Senat auch im 115. Congress mit insgesamt 52 Sitzen die Mehrheit stellen (siehe Tabelle 1). Zum Vergleich: In der 114. Legislaturperiode verfügten sie über 54 Sitze (gegenüber 46 der Demokraten) im Senat. Insgesamt haben die Republikaner damit in den Senatswahlen 2016 lediglich zwei Sitze verloren, nämlich einen in Illinois und einen weiteren in New Hampshire. In Illinois konnte sich die demokratische Herausforderin Tammy Duckworth, in New Hampshire Maggie Hassan durchsetzen.

Tabelle 2

<b>Sitzverteilung im US-Senat</b> nach Fraktionen (Stand: Dezember 2016)		
	115. Congress	114. Congress
Republikaner	52	54
Demokraten*	48	46

\* Darunter befinden sich die beiden unabhängigen Senatoren Bernie Sanders (Vermont) und Angus King (Maine), die sich der Fraktion der Demokraten zugeordnet haben.

In Illinois siegte die Demokratin Tammy Duckworth mit 54,4 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber dem Republikaner Mark S. Kirk mit 40,2 Prozent. Während auf Duckworth 2.908 363 Mio. der abgegebenen Stimmen entfielen, erhielt Amtsinhaber Kirk 2.150 099 Mio. Stimmen.

Duckworth, die zuvor seit 2013 bereits zwei Legislaturperioden für die demokratische Partei im Repräsentantenhaus saß, wurde in Bangkok (Thailand) geboren und ging auf Hawaii zur Schule und dann zur Universität. Sie diente in der *Army Reserve* und der *Illinois National Guard*, bevor sie in den Irakkrieg abkommandiert wurde. Im November 2004 wurde Duckworth im Irak mit ihrem Hubschrauber abgeschossen und verlor dabei beide Beine. Seitdem setzt sie sich politisch besonders für die Belange von Kriegsveteranen ein. Die neugewählte Senatorin hat sich immer wieder gegen Kürzungen bei staatlichen Fürsorgeprogrammen wie *Social Security* und *Medicare* stark gemacht und gilt als Befürworterin schärferer Waffenkontrollgesetze. Sie wird dem liberalen Flügel ihrer Partei zugerechnet, ist für die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge und hat die Schließung des kontroversen Gefangenenlagers in *Guantanamo Bay*, Kuba, gefordert. Duckworth ist neben Senatorin Kamal Harris, die in Kalifornien für die Demokraten als Nachfolgerin von Senatorin Barbara Boxer in den Senat gewählt wurde, historisch betrachtet die zweite amerikanische Senatspolitikerin, die asiatischer Herkunft („Asian-American“) ist.

Im Bundesstaat New Hampshire konnte sich die demokratische Herausforderin Maggie Hassan gegen die republikanische Amtsinhaberin Kelly Ayotte durchsetzen. Hassan erhielt 354.268 Stimmen (48,0 Prozent). Ayotte lag mit 353.523 Stimmen (47,9 Prozent), einer Differenz von 523 Stimmen, nur äußerst knapp dahinter.

Hassan war seit 2013 Gouverneurin von New Hampshire, ist von Haus aus Juristin, gilt als zentristische Demokratin und innenpolitisch als pragmatische Brückenbauerin zwischen den parteipolitischen Lagern. Außenpolitisch vertritt sie einen nationalistischen Kurs. Im November 2015 hatte sie sich als erste Gouverneurin der Demokraten für stärkere Sicherheitschecks von syrischen Asylbewerbern ausgesprochen.

Ebenfalls knapp fielen die Senatswahlen in Missouri, in Pennsylvania und in Wisconsin aus. In Missouri konnte sich der republikanische Amtsinhaber Roy Blunt mit 49,4 Prozent der abgegebenen Stimmen durchsetzen. Gleiches gilt für Pennsylvania und für Wisconsin, wo der republikanische Incumbent Pat Toomey mit 48,9 Prozent und der republikanische Amtsinhaber Ron Johnson mit 50,2 Prozent knapp gewannen.

Insgesamt konnten 20 republikanische Amtsinhaber in den Senatswahlen 2016 ihre Sitze verteidigen,

- so in Alabama (Richard Shelby), Alaska (Lisa Murkowski), Arizona (John McCain), Arkansas (John Boozman), Florida (Marco Rubio), Georgia (Johnny Isakson), Idaho (Mike Crapo), Iowa (Charles „Chuck“ Grassley), Kansas (Jerry Moran), Kentucky (Rand Paul), Missouri (Roy Blunt), North Carolina (Richard Burr), North Dakota (John Hoeven), Ohio (Robert „Rob“ Portman), Oklahoma (James Lankford), Pennsylvania (Patrick „Pat“ Toomey), South Carolina (Tim Scott), South Dakota (John Thune), Utah (Mike Lee) und Wisconsin (Ronald „Ron“ Johnson).

Mit zwei weiteren Republikanern setzen sich in Indiana Todd Young, der die Nachfolge des republikanischen Senators Dan Coats antritt, und in Louisiana John Kennedy durch, der dem ebenfalls in den Ruhestand gegangenen Republikaner David Vitter nachfolgt.

Young, der zwischen 2011 und 2016 Indianas 9. Wahlkreis im Repräsentantenhaus vertrat, gilt als gemäßigter Republikaner und setzte sich im Vorwahlkampf gegen einen republikanischen Mitbewerber, Marlin Stutzman, durch, der dem konservativen *House Freedom Caucus* angehört. Young, ein früherer Hauptmann der *US-Marines* und *Graduate* der *U.S. Naval Academy*, steht für ein aktives weltpolitisches Engagement der USA. „We have to stay engaged in the world. That’s something I learned at the Naval Academy; it’s something I learned in the U.S. Marine Corps“, so Young, der sich in der Senatswahl 2016 mit 52,1 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen den Demokraten Bayh durchsetzte.

Kennedy setzte sich am 10. Dezember 2016 in einer Stichwahl um den offenen Senatsitz in Louisiana durch. Er war als Juraprofessor an der *Louisiana State University* tätig, hat sich im Wahlkampf dafür ausgesprochen, Obamas *Affordable Care Act* zurückzunehmen (vgl. Congress Report, Jahrgang 25, 2010, Heft 3-4, S. 1-4) und ist gegen jede Verschärfung der Waffengesetzgebung in den USA.

Von den insgesamt 12 Senatssitzen, die die Demokraten in den Wahlen 2016 für sich gewinnen konnten, wurden sieben durch die jeweiligen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber verteidigt, und zwar

- in den Bundesstaaten Colorado (Michael Bennet), Connecticut (Richard Blumenthal), Hawaii (Brian Schatz), New York (Charles „Chuck“ Schumer), Oregon (Ron Wyden), Vermont (Patrick Leahy) und Washington (Patty Murray).

In Kalifornien setzte sich in der Nachfolge der demokratischen Amtsinhaberin Barbara Boxer, die nach 24 Jahren als Senatorin in den Ruhestand ging, die Demokratin Kamala Harris durch. Harris gewann mit 62,4 Prozent der abgegebenen Stimmen (insgesamt 6.495 907 Mio.) gegen ihre ebenfalls der demokratischen Partei angehörende Mitbewerberin Loretta Sanchez.

Harris war seit 2011 *Attorney General* in ihrem Bundesstaat Kalifornien und hat sich für eine strengere Waffengesetzgebung stark gemacht. Sie unterstützt die energiepolitische Agenda der Obama-Administration, möchte die Kohlendioxidemissionen in ihrem Bundesstaat weiter verringert sehen und favorisiert den Ausbau erneuerbarer Energien, auch über die Ausweitung von Bundesprogrammen. Im Wahlkampf war Harris das Thema einer umfassenden Reform der Einwanderungsgesetzgebung besonders wichtig.

In Maryland folgte der Demokrat Chris van Hollen der legendären Barbara Mikulski nach, die sich nach 30 Senatsjahren in den Ruhestand verabschiedete. Van Hollen, der seit 2003 dem Repräsentantenhaus angehörte, setzte sich mit 60,4 Prozent oder 1.488



845 Mio. Stimmen gegen die republikanische Mitbewerberin Kathy Szeliga durch (36,4 Prozent, beziehungsweise 898.902 Stimmen).

Van Hollen ist seit 1991 Berufspolitiker und war seit 2003 Mitglied des Repräsentantenhauses für Marylands 8. Wahlbezirk. Im Senatswahlkampf betonte van Hollen die Kontinuität zu seiner Vorgängerin Barbara Mikulski, die es im Bewilligungsausschuss des Senats verstanden hatte, dem Staat Maryland umfangreiche Bundesmittel zukommen zu lassen. „Maryland benefits from the fact that the federal government spends a lot of money on procuring goods and services here in our area, and so we want to maintain those investments“, so van Hollen. In Bethesda, Maryland, befindet sich das NIH (*National Institutes of Health*), ein großes medizinisches Forschungsinstitut des Bundes mit 18.000 Mitarbeitern.

Im Bundesstaat Nevada gelang es der Demokratin Catherine Cortez Masto dem langjährigen Fraktionsführer der Demokraten Harry Reid nachzufolgen, der ebenfalls aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte.

Cortez Masto siegte in einem mit großer nationaler Aufmerksamkeit verfolgten Rennen in Nevada mit 520.658 Stimmen (oder 47,1 Prozent) gegenüber dem republikanischen Mitbewerber um den Senatsitz Joseph John („Joe“) Heck, auf den 494.427 (44,7 Prozent) der abgegebenen Stimmen entfielen.

Catherine Cortez Masto ist die erste Amerikanerin mit mexikanischen Wurzeln („Latina“), die in den amerikanischen Senat gewählt worden ist. Politische Erfahrung hatte sie unter anderem zwischen 2007 und 2015 als *Attorney General* des Bundesstaates Nevada gesammelt. Im Wahlkampf hatte sich Catherine Cortez Masto unter anderem für die Legalisierung der Arbeitsverhältnisse von illegalen Einwandern im Rahmen des Programmes *Deferred Action for Parents of Americans* (DAPA) ausgesprochen und die Republikaner für ihre Blockadehaltung in der Einwanderungspolitik immer wieder angegriffen. Cortez Mastos Großeltern waren aus Mexiko in die Vereinigten Staaten eingewandert und die Politikerin versprach im Wahlkampf sich in Washington für die zahlreichen illegalen Immigranten in ihrem Bundesstaat Nevada einzusetzen, damit diese den amerikanischen Traum genauso leben können wie ihre eigene Familie, als diese vor „vielen Jahrzehnten“ in die USA kam. In Nevada sind derzeit mehr als 27 Prozent der Bewohner so genannte „Latinos“ mit mittel- oder lateinamerikanischen Wurzeln.

Der Wahlerfolg der Republikaner im Gefolge der *Presidential Coattails* des Wahlsiegers Donald Trump sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entscheidungsfindung im Senat, der sich traditionell in seiner Geschäftsordnung dem Minderheitenschutz verpflichtet fühlt, für den alten und neuen *Senate Majority Leader Mitch McConnell* (R-Kentucky) in der 115. Legislaturperiode (2017-2018) keinesfalls einfach werden dürfte. Zu weit sind die Republikaner von jener *Supermajority* von 60 Stimmen im Senat entfernt, der es bedürfte, um eine Blockade der Demokratischen Minderheit mittels *Filibuster* einen Riegel vorzuschieben.

Die so genannte Geschäftsordnungsregel XXII im Senat sieht vor, dass eine Blockade der Entscheidungsfindung im Rahmen eines „Filibuster“ nur mittels einer Dreifünftel-Mehrheit (also 60 Stimmen, *Cloture Vote*) gebrochen werden kann. Das ist eine erhebliche Hürde, auch mit Blick auf die Nominierung und Bestätigung eines Nachfolgers für den Anfang des Jahres verstorbenen *Supreme Court Justice Antonin Scalia* (siehe auch Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 5-8, S. 15 sowie Heft 1-4, S. 1).

Vieles wird davon abhängen, inwieweit sich McConnell und der designierte *Minority Leader* Charles E. „Chuck“ Schumer (D-New York) aufeinander zu bewegen können und werden. Einen Tag nach den Wahlen am 8. November ließ McConnell die amerikanische Öffentlichkeit bereits wissen, dass er mit Schumer über die Perspektiven für die 115. Legislaturperiode gesprochen habe. „Senator Schumer called yesterday“, so McConnell, „and offered his cooperation, and I said that was certainly what I intended to do.“ Man werde gut miteinander auskommen, so der *Senate Majority Leader*, was allerdings in einem parteipolitisch stark polarisierten 115. Kongress auch zwingend erforderlich sein dürfte, wenn Trump und die Republikaner im Senat ihre politische Agenda befördern möchten.

### 3. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus: Leichte Verluste der Republikaner

Auch im Repräsentantenhaus haben die Republikaner ihre 2010 errungene Mehrheit verteidigen können (vgl. Congress Report, Jahrgang 25, 2010, Heft 11-12, S. 11 ff.). Die Demokraten konnten lediglich sechs Sitze dazugewinnen, und die Republikaner starten mit einer Mehrheit von 241 Stimmen in die 115. Legislaturperiode, die am 3. Januar 2017 beginnen wird. Für eine Mehrheit im Repräsentantenhaus bedarf es 218 Stimmen.

Table 3

<b>Sitzverteilung im US-Repräsentantenhaus</b> nach Fraktionen (Stand: Dezember 2016)		
	115. Congress	114. Congress
Republikaner	241	246
Demokraten	194	186
vakant	-	3

Im Gegensatz zum Senat, der in seinem Selbstverständnis und seiner Geschäftsordnung traditionell eher dem Minderheitenschutz verpflichtet ist (vgl. Punkt 2), versteht sich das Repräsentantenhaus als *Majoritarian Institution*. Die Mehrheitsfraktion dominiert über die Geschäftsordnung sämtliche politischen Entscheidungen. Eine zentrale Rolle kommt

dabei dem durch die Mehrheitsfraktion gewählten *Speaker* zu, eine Position, die seit dem Oktober 2015 Paul D. Ryan (R-Wisconsin) inne hat (vgl. Congress Report, Jahrgang 30, 2015, Heft 9-10, S. 1-3).

Der 54. *Speaker* des Repräsentantenhauses, der auch in der 115. Legislaturperiode die republikanische Mehrheitsfraktion führen wird, hatte im Wahlkampf ein programmatisches Sechs-Punkte-Programm mit dem Titel: „A Better Way. Our Vision for a Confident America“ vorgelegt (<http://abetterway.speaker.gov/>), in dem Aussagen zur politischen Agenda der Republikaner in den Feldern „Poverty, National Security, Economy, Constitution, Health Care, and Tax Reform“ gemacht werden.

Der gewählte 45. Präsident Donald Trump hatte das Programm „A Better Way“ in seinem Wahlkampf in einigen Teilen wie in den Feldern Armutsbekämpfung und Steuerreform zwar begrüßt, aber nicht förmlich unterstützt und auch offen gelassen, ob er das Programm Ryans im Falle eines Wahlsieges ins Zentrum seiner politischen Agenda stellen würde.

Hinzu kommt, dass das Verhältnis zwischen Trump und Ryan im Wahlkampf angespannt war. Ryan zögerte mit seiner offiziellen Unterstützung Trumps nach dessen Nominierung auf dem Parteitag der Republikaner in Cleveland im Juli 2016 (vgl. Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 5-8, S. 4-7) mehrere Wochen. Nach diskriminierenden Äußerungen Trumps über einen Richter mit mexikanischen Vorfahren sprach Ryan von einer „textbook definition of a racist comment“. Im Zuge der Veröffentlichung äußerst herabwürdigender Äußerungen Trumps gegenüber Frauen, die er in der Vergangenheit gemacht hatte, distanzierte sich Ryan weiter von Trump und ging gemeinsamen Wahlkampfauftritten mit dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten aus dem Weg. Trump revanchierte sich, indem er Ryan als „weak and ineffective“ bezeichnete.

Gleichwohl beeilte sich Ryan nach dem überraschenden Wahlsieg Trumps die Gemeinsamkeiten mit dem *President-Elect* zu betonen. „We are eager to work hand-in-hand with the new administration to advance an agenda to improve the lives of the American people“, so Ryans versöhnende Formulierung an die Adresse Trumps.

Wie effektiv Ryan Trump in seinen ersten beiden Amtsjahren wird unterstützen können, wird freilich auch davon abhängen, ob er die mehrheitlich sehr konservative republikanische Fraktion hinter sich bringen kann.

Der konservative *Freedom Caucus* ist innerhalb der Fraktion sehr deutungsmächtig und bereits Ryans Vorgänger, John Boehner, hatte mit ihm politisch sehr schwierige Erfahrungen gemacht (vgl. Congress Report, Jahrgang 30, 2015, Heft 5-8, S. 18), die ihn letztlich zur Aufgabe seines Amtes als *Speaker* brachten. Die Mitglieder des *Freedom Caucus* geben sich selbstbewusst. „If we can unify the conservatives“, so der Abgeordnete Andy Harris (R-Maryland), „then they should be in a strong position to exert influence over policy“.

#### 4. Republikaner dominieren in Gouverneurswahlen

Zeitgleich mit den Bundeswahlen am 8. November 2016 standen in 12 Einzelstaaten auch Entscheidungen über die Gouverneure und Landesparlamente an.

Die Demokraten stellten zuvor die Gouverneure in 8 der 12 Staaten: Delaware, Missouri, Montana, New Hampshire, Oregon, Vermont, Washington und West Virginia. Die Republikaner hielten nur in 4 dieser Staaten das Gouverneursamt: Indiana, North Carolina, North Dakota und Utah.

In vier demokratisch und zwei republikanisch kontrollierten Staaten wurden beiden Parteien Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. In vier dieser Staaten kam es zu einem Mehrheitswechsel.

In Missouri konnte der demokratische Gouverneur Jay Nixon nicht erneut antreten, weil er die maximal zulässige Amtszeit erreicht hatte („term limit“). Sein Parteinachfolger, Chris Koster unterlag mit 46 Prozent der Stimmen dem Republikaner Eric Greitens, der 51 Prozent erhielt.

In New Hampshire bewarb sich die demokratische Gouverneurin Maggie Hassan um den zur Wahl stehenden Senatsitz. Während Hassan die Senatswahl gewann (vgl. Punkt 2), siegte der republikanische Gouverneurskandidat, Chris Sununu, mit 49 Prozent der Stimmen gegen Colin Van Ostern, der 47 Prozent erzielte.

In North Carolina setzte sich der demokratische Kandidat, Roy Cooper, gegen den amtierenden republikanischen Gouverneur, Pat McCrory, nach einem harten Wahlkampf mit äußerst knappem Vorsprung durch. Cooper kam auf einen Stimmenanteil von 49 Prozent, McCrory auf 48,8 Prozent.

In Vermont trat der amtierende demokratische Gouverneur, Peter Shumlin, nicht zur Wiederwahl an. Der republikanische Kandidat, Phil Scott, konnte sich mit 52 Prozent der Stimmen klar gegen die Demokratinnen, Sue Minter, die nur einen Stimmanteil von 43 Prozent erreichte, durchsetzen.

In den Wahlen der Legislativen der Einzelstaaten konnten die Republikaner in Iowa und Minnesota die Kontrolle über den Senat sowie in Kentucky über das *House of Representatives* gewinnen.

Den Demokraten gelang es umgekehrt einen Mehrheitswechsel im *State Senate* und der *State Assembly* von New Mexico herbeizuführen.

In den Einzelstaaten haben die Wahlen 2016 damit zu keiner größeren Verschiebung der Machtverteilung zwischen den Parteien geführt, sondern die Dominanz der Republikanischen Partei bestätigt.

Die Republikaner stellen nach ihren Zugewinnen nun 33 Gouverneure, die Demokraten nur noch 16. Ähnlich erdrückend ist das Übergewicht der Republikaner in den Legislativen der Einzelstaaten. Die Republikaner kontrollieren insgesamt 68 Kammern in den Einzelstaaten, die Demokraten 31.

## **5. Einigung auf weiteren Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2017**

Repräsentantenhaus und Senat haben sich am 8./9. Dezember 2016 auf einen weiteren Überbrückungshaushalt (*Continuing Resolution*) für das laufende Haushaltsjahr 2017 geeinigt. Das Gesetz mit dem Titel: „Further Continuing and Security Assistance Appropriations Act 2017“ (*House Resolution 2028*) hat eine Laufzeit bis zum 28. April 2017.

Zu diesem Zeitpunkt soll dann der Haushaltsbewilligungsprozess für das Haushaltsjahr 2017, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2016 begonnen hat und am 30. September 2017 endet, abgeschlossen sein.

Der Senat stimmte am 9. Dezember 2016 mit 63:36 Stimmen für die *Continuing Resolution*, das Repräsentantenhaus hatte dies einen Tag zuvor mit 326:96 Stimmen getan. Präsident Obama verlieh der Entscheidung am 10. Dezember 2016 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft (*Public Law 114-254*).

Das Gesetz

- schreibt die Ausgaben des Bundes im Bereich des so genannten „discretionary spending“ nach Maßgabe des *Budget Control Act* des Jahres 2011 (vgl. Congress Report, Jahrgang 26, 2011, Heft 7-9, S. 1) auf der Höhe des Vorjahres mit einem Umfang von insgesamt 1,07 Billionen USD fort.

Unter das so genannte *Discretionary Spending* fallen im amerikanischen Bundeshaushalt, der vom Kongress jährlich im Rahmen von 11 einzelnen Bewilligungsgesetzen beschlossen werden muss, jene Ausgaben, über welche die Legislative frei entscheiden kann. Ihnen stehen die so genannten *Entitlements* als verpflichtende Vorfestlegungen in Bereichen wie *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security*, beziehungsweise für die Schulentilgung gegenüber, die etwa Zweidrittel des amerikanischen Bundeshaushaltes ausmachen.

Die Entscheidung (H.R. 2028) war notwendig geworden, weil der Kongress seinen jährlichen Haushaltsbewilligungsprozess auf Grund des Wahlkampfes nicht fristgerecht abschließen konnte. In der anschließenden *Lame Duck Session* des Kongresses nach den Novemberwahlen bestand bis zum 9. Dezember, jenem Datum, zu dem die vorangegangene Überbrückungsentscheidung auslief, keine Chance eines ordnungsgemäßen Abschlusses des Haushaltsbewilligungsprozesses durch die Legislative.

Der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, Harold „Hal“ Rogers (R-Kentucky) ordnete die neuerliche Überbrückungsentscheidung mit folgenden Worten ein: „This Continuing Resolution is the necessary step for an operating and functioning government over the next four months. However, this type of short-term spending absolutely should not be the final answer to funding the federal government for the year. It is imperative that Congress complete its work on the remaining 11 Appropriations bills (...). This legislation is just a band aid, but a critical one. It will give the next Congress the time to complete the annual Appropriations process, and in the meantime, take care of immediate national funding needs.“

## **6. Kongress hält unbeirrt am Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* fest**

Im Tauziehen zwischen Präsident und Kongress um die Schließung des international umstrittenen Gefangenenlagers auf der amerikanischen *Guantanamo Naval Base* (GTMO) hat die Legislative ein weiteres Mal unterstrichen, dass sie nicht bereit ist, Obama zu folgen (vgl. auch Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 9-10, S. 10-12).

Sie tat dies im Rahmen der Verabschiedung des Genehmigungsgesetzes für das Verteidigungsministerium 2017, dem so genannten *National Defense Authorization Act (NDAA) for Fiscal Year 2017* (S. 2943). Die Entscheidung über das Gesetz fiel im Senat am 8. Dezember 2016 mit 92:7 Stimmen. Das Repräsentantenhaus hatte der Vorlage des Vermittlungsausschusses zur „Defense Authorization“ (vgl. Congress Report, Jahrgang 31, 2016, Heft 5-8, S. 9-13) am 2. Dezember mit 375:34 Stimmen zugestimmt.

Im Vermittlungsausschuss hatten sich Repräsentantenhaus und Senat darauf verständigt

- keine Mittel für die Überstellung von Gefangenen aus GTMO in Gefängnisse in den USA für die Laufzeit des Gesetzes (bis zum 30.9.2017) zu genehmigen (Abschnitt 1032 des NDAA 2017).

Zudem wurde die Aufgabe des Gefangenenlagers in Abschnitt 1035 des NDAA 2017 ausdrücklich verboten.

Auch untersagte der Kongress Präsident Obama die Überstellung von „Detainees“ in Länder wie Libyen, Somalia, Syrien oder den Jemen (Abschnitt 1034).

Ferner wurde dem Verteidigungsministerium auferlegt,

- einen umfassenden Bericht zum Umgang mit feindlichen Kämpfen vorzulegen (Abschnitt 1037), oder wie es in der Originalformulierung heißt: „Requires DoD (Department of Defense, die Redaktion) to submit to Congress a *comprehensive strategy for*

*the detention of current and future individuals captured and held pursuant to the Authorization for Use of Military Force pending the end of hostilities“* (Hervorhebung durch die Redaktion).

Im Rahmen der so genannten *Authorization for Use of Military Force (AUMF)*, *Public Law 107-40*, hatte der Kongress dem amerikanischen Präsidenten 2001 sechs Tage nach den Terrorangriffen des 11. September auf New York City und Washington, D.C., bei denen fast 3000 Menschen ums Leben gekommen waren, eine Blankovollmacht im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erteilt (vgl. Congress Report, Jahrgang 16, 2001, Heft 10, S. 1).

Die AUMF gilt bis heute als Grundlage für die Exekutivdominanz im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungssystem der USA. Mit ihr sind erhebliche Probleme einer demokratischen Kontrolle amerikanischer Außenpolitik seit dem 11. September 2001 verbunden.

Präsident Obama hatte bereits 2013 angeregt, die AUMF außer Kraft zu setzen. Wörtlich führte er damals aus: „So I look forward to engaging Congress and the American people in efforts to refine, and ultimately repeal, the AUMF’s mandate. And I will not sign laws designed to expand this mandate further. Our systematic effort to dismantle terrorist organizations must continue. But this war, like all wars, must end. That’s what history advises. That’s what our democracy demands“.

Obama erwähnte in seiner damaligen Rede an der *National Defense University* auch die Gefahr eines „perpetual war“, dem sich die amerikanische Gesellschaft gegenüber sehe, mit erheblichen Konsequenzen für die Werteorientierung und das demokratische Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaft und Außenpolitik.

In diesem Zusammenhang hatte Obama seit Beginn seiner Präsidentschaft 2009 auch das Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* schließen wollen, das ihm als Rekrutierungssymbol für zukünftige Terroristen erschien, die Legitimität des liberalen Weltführungsanspruches der USA unterminierte und der Wertegebundenheit amerikanischer Außenpolitik zuwider lief.

Mit diesem Ansinnen war der 44. Amerikanische Präsident jedoch Jahr um Jahr während seiner achtjährigen Amtszeit am Widerstand des Kongresses gescheitert, der seine Budgethoheit kontinuierlich dazu nutzte, um dem Präsidenten die erforderlichen Mittel für die Auflösung GTMOs zu verweigern.

Auch ein 2015 ausgesprochenes Veto Obamas gegen die National Defense Authorization für das Haushaltsjahr 2016 (mit dem darin enthaltene Schließungsverbot Guantanamo) konnte daran nichts ändern. Republikaner und Demokraten überstimmten das Veto Obamas mit großer überparteilicher Mehrheit in beiden Kammern (vgl. Congress Report, Jahrgang 30, 2015, 11-12, S. 5-8).

*President-Elect* Donald Trump hat sich im Wahlkampf für die Beibehaltung Guantanamo ausgesprochen, eine Position, die offensichtlich zu den Entscheidungen des Kongresses im Rahmen des NDAA 2017 passt. Insbesondere die bereits zitierte Formulierung „current and future individuals captured and held pursuant to the Authorization for Use of Military Force pending the end of hostilities“ liest sich wie eine vorweggenommene programmatische Aussage der Trump-Administration zur *Detainee*-Problematik.

Gegenwärtig sind noch 59 Gefangene in GTMO inhaftiert. Zwanzig dieser Gefangenen, die allesamt ohne rechtsstaatliches Verfahren seit mehr als 10 Jahren festgehalten werden, sollen nach dem Willen der Obama-Administration noch in die Freiheit entlassen werden. Bleiben 39 weitere *Detainees*, die aus Gründen der nationalen Sicherheit auch weiterhin inhaftiert bleiben sollen. Dass dies zumindest bis 2020 in *Guantanamo Bay* der Fall sein dürfte, scheint mittlerweile durchaus wahrscheinlich.

## **7. Fraktionen bestimmen Führungspositionen für neue Legislaturperiode**

Republikaner und Demokraten haben in beiden Kammern des Kongresses die Fraktionsführungen für die 115. Legislaturperiode bestimmt, die am 3. Januar 2017 beginnen wird.

Im Repräsentantenhaus wurde Paul Ryan (R-Wisconsin) am 15. November 2016 von der republikanischen Fraktion für das Amt des *Speaker of the House of Representatives* nominiert. Die offizielle Wahl Ryans, der das Amt 2015 von John Boehner (R-Ohio) übernommen hatte, wird am 3. Januar 2017 erfolgen.

Als *Majority Leader* wurde Kevin McCarthy (California) von der Fraktion bestätigt. Die Position des *Majority Whip*, also des Fraktionsgeschäftsführers, wird auch in der 115. Legislaturperiode von Steve Scalise (Louisiana) ausgefüllt. Einen Wechsel gibt es in der Position des *Chair of the Republican Congressional Committee*, wo Steve Stivers (Ohio) an die Stelle von Greg Walden (Oregon) tritt. Als *Republican Conference Chair* wurde Cathy McMorris Rodgers (Oregon) wiedergewählt.

Bei den Demokraten konnte sich am 30. November 2016 erneut Nancy Pelosi (California) für die Position der Oppositionsführerin (*Minority Leader*) gegen ihren Herausforderer Tim Ryan (Ohio) durchsetzen. Die 76-jährige Politikerin erhielt in geheimer Abstimmung 134:63 Stimmen, was von ihr als gutes Ergebnis interpretiert wurde, Kritiker aber als Zeichen einer wachenden Unzufriedenheit der Fraktion mit Pelosi bewerteten. Als *Minority Whip* bestätigte die Fraktion Steny Hoyer (Maryland).

Im Senat bestätigte die republikanische Mehrheitsfraktion (vgl. Punkt 2) am 16. November 2016 Mitch McConnell (Kentucky) im Amt des *Majority Leader*. John Cornyn



(Texas) wurde als Majority Whip wiedergewählt und John Thune (South Dakota) als Senate Republican Conference Chairman. „It's an honor to once again been chosen by my colleagues to continue serving as their leader“, so McConnell, der hinzufügte: „I know I speak for each of my Republican colleagues in expressing my gratitude to the American people for entrusting us with the majority. We are eager to work with House Republicans and President-elect Trump to bring the national and economic security our nation is asking for“.

Bei den Demokraten im Senat wurde Charles E. („Chuck“) Schumer (New York) am 16. November 2016 als Nachfolger von Harry Reid (Nevada), der aus Altersgründen aus dem Senat ausgeschieden war (vgl. Punkt 2), von seiner Fraktion in das Amt des Minority Leader gewählt. Als Democratic Whip wird Joseph („Dick“) Durbin (Illinois) fungieren. Als Chair des Democratic Policy and Communications Committee wird Debbie Stabenow (Michigan) im 115. Kongress in der Fraktionsführung der Demokraten im Senat mitarbeiten.

## **8. Die Trump Transition: Schnelle Entscheidungen über Führungspersonal**

Nach einem holperigen Auftakt hat das Team von Donald Trump eine Serie schneller Entscheidungen über Spitzenpositionen der neuen Administration getroffen.

In der Transitionsphase, der Zeit zwischen der Wahl und dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten, muss dieser die Besetzung von mehr als 4.000 Führungspositionen einleiten, um politisch handlungsfähig zu sein.

Augenscheinlich waren Trump und sein Team von seinem Wahlsieg ebenso überrascht wie die Mehrheit der Beobachter und Kommentatoren. Zudem war der Leiter von Trumps Transitionsstab, Gouverneur Chris Christie (New Jersey), zuletzt politisch stark unter Druck geraten.

Mitarbeiter von Christie hatten im September 2013 als Vergeltungsmaßnahme gegen den Bürgermeister von Fort Lee, der Christie im Wahlkampf die Unterstützung verweigert hatte, durch die Anordnung einer vorgeblichen „Verkehrsstudie“ massive Verkehrsprobleme in der Stadt in New Jersey ausgelöst.

Nach Gerichtsurteilen gegen zwei seiner Mitarbeiter geriet Gouverneur Christie, der stets jedes Wissen um diese Lokalposse bestritten hatte, aufgrund der Aussagen im Verfahren selbst unter Verdacht in den Skandal verwickelt zu sein. Trump reagierte nach seiner Wahl mit der raschen Absetzung Christies. Gouverneur Mike Pence (Indiana), der künftige Vizepräsident, hat die Leitung des Transition-Teams übernommen.

Kritischen Medienberichten über den schleppenden Auftakt seiner Transition begegnete Trump mit der Benennung von Kandidaten für die Ministerien und Behörden wie seiner

persönlichen Berater in hohem Tempo. Bis Mitte Dezember hat Trump bereits seine Personalvorschläge für 13 der 15 Ministerien und die meisten Schlüsselpositionen in seiner Administration vorgestellt ([www.realclearpolitics.com/trump\\_cabinet/index.html](http://www.realclearpolitics.com/trump_cabinet/index.html)).

Mit Ausnahme der persönlichen Berater des Präsidenten bedürfen alle Kandidaten der Zustimmung des Senats. Aufgrund der Änderung der Geschäftsordnung des Senats im November 2013 sind jedoch alle Ernennungsvorschläge von einem *Filibuster* ausgenommen und können mit einfacher Mehrheit bestätigt werden. Die demokratische Mehrheit im Senat unter Führung von Harry Reid (Nevada) hatte diese Änderung durchgesetzt, um die Obstruktionspraxis der republikanischen Opposition einzuschränken (siehe Congress Report, Jahrgang 28, 2013, Heft 10-12, S. 7).

Die Ministerkandidaten, grob nach ihrer Bedeutung sortiert, sind:

- *State*: Rex Tillerson, bisher CEO von *ExxonMobil*,
- *Justice*: Senator Jeff Sessions (R-Alabama),
- *Defense*: General a.D. James Mattis,
- *Treasury*: Steve Mnuchin, früher *Goldman Sachs*,
- *Homeland Security*: General a.D. John F. Kelly,
- *Education*: Betsy DeVos, Unternehmerin und konservative Philanthropin,
- *Energy*: Gouverneur a.D. Rick Perry (R-Texas),
- *Transportation*: Elaine Chao, frühere *Secretary of Labor* (2001-2008),
- *Labor*: Andrew Puzder, CEO von *CKE Restaurants*,
- *Commerce*: Willbur Ross, Investment-Unternehmer,
- *Health and Human Services*: Representative Tom Price (R-Georgia),
- *Housing and Urban Development*: Ex-Präsidentschaftskandidat Dr. Ben Carson,
- *Interior*: Representative Ryan Zinke (R-Montana).

Die Nominierungsvorschläge für das *Department of Agriculture* und das *Department of Veterans Affairs* stehen noch aus.

Die Kandidaten für die wichtigsten Bundesbehörden und die UN-Vertretung sind:

- *CIA Director*: Representative Mike Pompeo (R-Kansas),
- *EPA Administrator*: Scott Pruitt, Rechtsanwalt und früherer *State Senator* in Oklahoma,
- *OMB Director*: Representative Mick Mulvaney (R-South Carolina),
- *Secretary of the Army*: Vincent Viola, Investment-Unternehmer,
- *Small Business Administration*: Linda McMahon, Unternehmerin, und
- *Ambassador to the United Nations*: Gouverneurin Nikki Haley (R-South Carolina).

Zudem übernimmt Seema Verma, CEO des Consulting Unternehmens *SVC INC* und Beraterin Trumps in gesundheitspolitischen Fragen, die Leitung der *Centers for Medicare and Medicaid Services*. Noch kein Vorschlag liegt für die Position des *Director of National Intelligence* vor.

Für die zentralen Berater- und Mitarbeiterpositionen des Präsidenten im Weißen Haus („Executive Office of the President“) wurden benannt:

- *Chief of Staff*: Reince Priebus, Vorsitzender des *Republican National Committee* (RNC),
- *Chief Strategist*: Stephen Bannon, früher Goldman Sachs und Breitbart News,
- *National Economic Council Director*: Gary Cohn, Chief Operating Officer (COO) von *Goldman Sachs*,
- *National Security Advisor*: Lt. General a.D. Michael Flynn,
- *Senior Policy Advisor*: Stephen Miller, früherer Mitarbeiter von Senator Sessions, und
- *White House Counsel*: Donald McGhan, Rechtsanwalt und früheres Mitglied der *Federal Election Commission* (FEC).

Noch offen ist die Position des Pressesprechers. Darüber hinaus sollen Trumps Tochter, Ivanka Trump, und sein Schwiegersohn Jared Kushner, ebenfalls ein Immobilien-Unternehmer, wichtige Beraterfunktionen übernehmen. Beide gehörten bereits während des Wahlkampfes zu Trumps engstem Beraterkreis.

Mit den Personalentscheidungen hat Trump auch in groben Zügen die Arbeitsweise und Schwerpunktsetzung der im Januar 2017 antretenden Administration skizziert, obwohl

Vorschläge für politische Initiativen weiterhin kaum konkretisiert sind oder noch ganz im Dunklen bleiben.

Zur Einschätzung des Führungspersonals und der Prioritäten der Administration scheint es zunächst hilfreich zwei Lager zu unterscheiden: Vertreter des Establishments der Partei und die Parteiaußenseiter.

Neben Trumps Vizekandidat, Gouverneur Mike Pence, wird RNC Chair Reince Priebus der wichtigste und einflussreichste Mitarbeiter von Trump von der Seiten der republikanischen Partei. Priebus wird als *Chief of Staff* vor allem den Routinebetrieb der Administration organisieren und den offiziellen Zugang zum Präsidenten kontrollieren.

Pence und Priebus sowie die große Zahl der Republikaner im Kabinett sollen zum einen die Rückbindung an die Partei und damit auch deren Einbindung in die Administration sichern. Trump hat bereits angedeutet, dass er die Regierungsgeschäfte in weiten Teilen Pence und Priebus überlassen wird.

Die stark rechtskonservative Ausrichtung der meisten Kandidaten deutet an, dass Trump den Parteivertretern in der Administration wie im Kongress weit entgegen gekommen ist und erhebliche Spielräume in der Sachpolitik zugestehen will.

Zum anderen sollen die Parteivertreter als bekannte Persönlichkeiten gegenüber der Öffentlichkeit Berechenbarkeit und Vertrauenswürdigkeit signalisieren. Allerdings sind insbesondere die bekannten konservativen Hardliner wie Jeff Sessions, Mike Pompeo und Tom Price politisch hoch kontrovers und Konflikte in der Sachpolitik programmiert.

Jeff Sessions ist als langjähriger Kritiker des *Voting Rights Act* (1964) und Rechtsaußen in der Einwanderungspolitik für Demokraten wie Minderheiten-Organisationen ein rotes Tuch. Ebenso gelten Pompeo in der Sicherheitspolitik und Price in der Gesundheitspolitik als unbeugsame Verfechter eines kompromisslosen Kurses.

Im Vergleich zu Sessions, Pompeo und Price muten zum Beispiel Nikki Haley und Elaine Chao, die Frau von *Senate Majority Leader* Mitch McConnell, fast schon wie moderate Pragmatikerinnen an, obwohl sie in der Sache kristallklare konservative Positionen vertreten.

Das zweite Lager, Trumps handverlesene „Außenseiter“ aus Militär und Wirtschaft sowie loyale Unterstützer geben gegenüber den „Parteisoldaten“ einen Ausblick auf die Politikbereiche und Prioritäten, in denen sich Trump selbst stärker engagieren will.

Entsprechend der im Wahlkampf gesetzten Schwerpunkte sowie der zumeist sehr grob skizzierten Positionen, Forderungen und Versprechen sind dies vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Auf den ersten Blick kann der Reigen gestandener Generäle und erfolgreicher Banker und Unternehmer wiederum als Versuch gewertet werden, national wie international den Eindruck von Professionalität und Vertrauenswürdigkeit zu signalisieren. Allerdings sind eine Reihe wichtiger Nominierungen kaum weniger kontrovers und in Einzelfällen auch beunruhigend.

Wichtiger ist jedoch, dass sich Trump eine von der Partei unabhängige Personalbasis geschaffen hat, die es ihm erlaubt seine eigene Politik auszuformulieren und umzusetzen, gegebenenfalls gegen die Republikanischen Fraktionen im Kongress.

Der Kopf der Außenseiter ist der frühere *Goldman Sachs*-Banker und CEO des extrem rechten Internet-Journals *Breitbart*, Stephen Bannon, der als Chefstrategie in der Innen- und Außenpolitik fungieren soll. Er soll die populistische und nationalistische Politik Trumps fokussieren und zusammenbinden. Bannon flankiert Sicherheitsberater Flynn.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat Trump mit Mnuchin (*Treasury*), Puzder (*Labor*), Ross (*Commerce*) und Cohn (*National Economic Council*) alle Schlüsselpositionen mit Außenseitern besetzt, die nicht der Partei, sondern allein Trump verpflichtet sind.

Für die Anfangsphase haben sich Trump, *Speaker* Paul Ryan (Wisconsin) und *Majority Leader* Mitch McConnell auf Projekte geeinigt, die breiten Konsens und Spielräume zu Kompromissen versprechen: eine große Steuerreform, Deregulierung und die Aus- und Ersetzung von *Obamacare* („Repeal and Replace“).

Doch schon in der Frage einer *Obamacare*-Alternative gibt es sichtliche Risse zwischen dem neuen Präsidenten und den republikanischen Kongressmehrheiten wie innerhalb der Fraktionen. Auch Trumps angekündigtes Infrastrukturprogramm, das einen Wachstumsschub auslösen soll, trifft bei den Republikanern im Kongress auf ein geteiltes Echo.

Mittel- und langfristig stehen harte Grundsatzkonflikte an. Trump hat zum Beispiel einer fiskalpolitisch motivierten Reform von *Medicare* und *Social Security* im Wahlkampf eine Absage erteilt. Sie bilden aber das Rückgrat der konservativen republikanischen Pläne in der Haushaltspolitik.

Kaum weniger deutlich und potenziell folgenschwer sind die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit Tillerson (*State*), Mattis (*Defense*), Kelly (*Homeland Security*) und Flynn (*National Security Adviser*) hat Trump wiederum alle Schlüsselpositionen mit Personen besetzt, die allein ihm und nicht der Partei verpflichtet sind.

Tillerson und die Generäle Mattis und Kelly haben eine kaum anfechtbare professionelle Reputation. Im Normalbetrieb sichern sie ein gewisses Maß an Erfahrung, Zuverlässigkeit und Rationalität. Aber es steht außer Frage, dass Trump sie primär als Instrumente der Umsetzung seiner Politik sieht und nicht als eigenständige Macher von Politik.

Vor allem in der Sicherheitspolitik geben Trump selbst, Bannon und Lt. General Flynn derzeit den Kurs vor. Bannon und Flynn sehen ebenso wie der frühere *Speaker* Newt Gingrich, der vielleicht wichtigste externe Ratgeber Trumps, den Kampf gegen den Terrorismus als Teil eines „Kampfes der Kulturen“, sprich des Westens gegen den Islam, der langfristig und mit großer Härte geführt werden müsse.

Kaum weniger Zündstoff birgt die China-Politik, die mit Blick auf die Führungsrolle der USA wie den Außenhandel von zentraler Bedeutung für Trump ist. Das „Defizit“ im US-Außenhandel mit China stellt die Probleme mit anderen Staaten wie Mexiko oder Japan weit in den Schatten. Trump ist in diesem Bereich auf greifbare Resultate angewiesen, zur Einhaltung seiner Versprechungen und seines Image als „Macher“.

Bereits jetzt hat Trump mit seinen impulsiven und provokanten Äußerungen gegen China, ohne jede Kontrolle oder Rücksprache mit dem *State Department* oder anderen Experten, demonstriert, dass er einen konfrontativen Stil verfolgen wird, um Druck aufzubauen. Natürlich ist Trump nicht an einem Handelskrieg mit China interessiert und durchaus in der Lage, den Gegenpart auch zu hofieren. Aber Trumps Politikstil und der Zwang zum Erfolg bergen sichtliche Risiken.

Europa und die NATO sind dagegen keine zentralen Themen für den Präsidenten Trump. Die Trump Administration ist weniger auf Europa und die NATO angewiesen als umgekehrt, in der Bekämpfung des Terrorismus genauso wie in anderen sicherheitspolitischen Belangen. Forderungen nach finanzieller und militärischer Beteiligung auf internationaler Ebene sind in der Sache kaum etwas Neues, auch wenn sich europäische Staaten auf eine neue Form der Kommunikation einstellen müssen.

Ein unmittelbares Problem für Europa könnte sich aus der sich abzeichnenden Annäherung Trumps an Präsident Putin und Russland ergeben. Trumps Bewunderung für Putin als einem „effektiven Führer“, der großes Ansehen im eigenen Land genießt, ist genuin, ungeachtet der autokratischen Mittel. Trump scheint Putin und Russland als schlagkräftige Partner zur Erreichung seiner Ziele anzusehen. Politische Anerkennung und Zugeständnisse sind, jenseits aller internationalen Normen, für Trump selbst kein Problem. Trump muss jedoch, wie die Tillerson-Nominierung andeutet, mit innenpolitischem Gegenwind zumal aus der eigenen Partei rechnen.

Die Politik der zukünftigen Trump-Administration stellt Europa und die EU zweifellos vor enorme Herausforderungen, in Sachfragen wie im Stil des diplomatischen Umgangs. Doch die EU und die europäischen Staaten müssen sich durch Trumps „Reality TV Show-Politik“ nicht einschüchtern lassen.

Während des Wahlkampfes hat Trump zum Beispiel mehrfach versucht, großen Medien-Unternehmen in krasser Form und lautstarker Weise Zugeständnisse abzurufen. Die Weigerung, sich auf Trumps Niveau einzulassen und auf den eigenen Positionen zu bestehen, hat dabei immer zu einem Einlenken geführt. Das beste Mittel im Umgang mit

einem Präsident Trump scheint Trumps eigenes Rezept, „The Art of the Deal“, also die selbstbewusste Vertretung von Interessen.

Die angesprochenen Fragen werden in den Anhörungen der Kandidaten, deren Ernennung die Zustimmung des Senats benötigt, eine zentrale Rolle spielen. Vor allem die Demokraten haben ihre kritische Haltung gegenüber der Mehrzahl der Kandidaten bereits öffentlich bekundet. Doch auch von der Seite der Republikaner sind Besorgnisse und Einwände vorgetragen worden, insbesondere mit Blick auf die Außenpolitik.

Allerdings ist nicht zu erwarten, dass Trumps Nominierungsvorschläge scheitern werden. Der Senat räumt Präsidenten in der Regel große Spielräume in der Auswahl seines Führungspersonals ein. Erfahrungsgemäß scheitern Kandidaten zumeist an persönlichen Skandalen oder Positionen, die außerhalb des politischen Spektrums der Parteien liegen.



**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Beirat**

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)